

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

51. Jahrgang

April 2020

## Pressemitteilung der DKP Gießen zur Corona-Krise\*)

Der Kreisvorstand der DKP Gießen befasste sich auf seiner letzten Sitzung, die aufgrund der Corona-Pandemie in Form einer Tele-Konferenz stattfinden musste, mit der derzeitigen Krise. Zu Beginn wurde die Herausgabe des Gießener Echo gewürdigt, dessen Herstellung und Verbreitung auch unter den erschwerten Bedingungen im März gelungen ist.

Gerade in Zeiten von Panikmache einerseits und Fake-News andererseits sei es wichtig, auch alternative Hintergrund-Informationen und Zusammenhänge aufzuzeigen, betonte die Kreisvorsitzende Erika Beltz.

Die Wirtschaftskrise der Konzerne, die jetzt mit Milliardenzuschüssen gestützt werden, sei nicht dem Corona-Virus geschuldet, sondern habe sich bereits im vergangenen Herbst abgezeichnet, erklärte Henning Mächerle.

Schon vor Monaten sei absehbar gewesen, dass es, insbesondere auch in der Automobil-Industrie, zu Massenentlassungen und Kurzarbeit kommen wird. Dies werde jetzt unter den Tisch gekehrt und mit Verweis

auf Corona-Milliardengeschenke ans Kapital gerechtfertigt.

Gleichzeitig würden die Armen der Gesellschaft, die von Hartz IV und Grundsicherung leben müssen, mit



ihrer Not alleine gelassen, für sie gibt es – auch nach Schließung der Tafel und anderer Hilfseinrichtungen - keinerlei Unterstützung.

Martina Lennartz, Stadtverordnete der Fraktion Gießener Linke, ergänzte, dass sie entsprechende Fragen auch bezüglich der Unterstützung von Obdachlosen und der Frauenhäuser an den Magistrat gerichtet habe.

Die Folgen der brutalen Sparpolitik und Privatisierung im Gesundheitswesen, die nicht nur von der DKP seit Jahren kritisiert wurden, seien jetzt für alle offensichtlich geworden, stellte Gernot Linhart fest. Jetzt räche sich der seit Jahren bestehende Pflege-Notstand, der notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus erschwere.

Es könne zwar niemand voraussagen, wie lange dieser Krisenzustand mit gravierenden Einschränkungen der Grundrechte dauern werde, meinte der stellvertretende Kreisvorsitzende Rainer Grabowski; aber die Folgen für die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen

und alte Menschen würden verheerend sein.

Deutlich sei aber auch geworden, dass die Bekämpfung der Seuche im Kapitalismus nur eingeschränkt funktioniere, während zum Beispiel China, dem es innerhalb von drei Monaten gelungen ist, die Epidemie zu besiegen, jetzt großzügige personelle und materielle Hilfe in den am stärksten betroffenen Ländern leistet.

\*) Beide Gießener Tageszeitungen (Gießener Anzeiger und Gießener Allgemeine Zeitung) haben sich - ohne Begründung - bisher geweigert, diese Pressemitteilung vom 29.3. abzdrukken, obwohl die Zeitungen immer dünner werden und Berichte über Vereinssitzungen aller Art erscheinen...

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Corona-Krise beweist die Überlegenheit von Planwirtschaft und Sozialismus

2012 haben staatlich beauftragte Epidemiologen und Virologen in einer umfangreichen Studie dargelegt, wie ein in Asien neu aufgetretenes Coronavirus eine weltweite Pandemie auslösen kann, wie Deutschland betroffen wäre und wie man sich darauf vorbereiten kann. Die Studie verschwand in den Schubladen der zuständigen Ministerien, nur in der Fachliteratur wurde ab und zu darauf verwiesen.

Ende 2019 trat so ein Virus tatsächlich in der Volksrepublik China auf, die Regierung informierte die Weltöffentlichkeit ausführlich, veröffentlichte das entschlüsselte Genom und Möglichkeiten zum Nachweis. Hier und in fast allen Industrieländern wurde kaum darauf reagiert.

Durch regen Reiseverkehr konnte sich das Virus weltweit verbreiten. Die ersten Infektionen in Deutschland wurden von Gesundheitsminister Spahn verharmlost, irgendwelche Vorbereitungen wurden nicht getroffen.

Als sich die Krankheitsfälle häuften, konnten die Marktkräfte richtig loslegen - wer Schutzmaterialien wie Kleidung und Masken auf Lager hatte, konnte sie mit 2000% Aufschlag verkaufen.

Schnell wurde klar, dass bei ungebremstem Fortgang der Infektionsketten die in den letzten Jahrzehnten stark reduzierten Klinikkapazitäten nicht ausreichen werden. Deswegen wird mit drastischen Maßnahmen ver-

sucht, die Krankheitsfälle an die Kapazität anzupassen. Obwohl klar ist, dass sowohl der Markt, also das kapitalistische System, als auch die Regierung versagt hat, steigt die Zustimmung für die Regierungsparteien.



In China gab es auch drastische Maßnahmen, aber mit einem anderen Ziel - die Ausbreitung des Virus sollte nicht verlangsamt, sondern gestoppt werden. Deswegen wurden in der betroffenen Region um Wuhan möglichst viele Menschen getestet, um die Virusträger zu erkennen, es wurden alle Produktionsbetriebe bei Weiterzahlung der Löhne geschlossen (in einer staatlich gelenkten Wirtschaft ist das möglich), es gab genug Schutzmaterial für alle und die Zahl der Klinikbet-

ten wurde durch schnell errichtete Notkliniken an die Zahl der Kranken angepasst.

Dadurch ist es dort gelungen, die Epidemie innerhalb von 3 Monaten zu stoppen und auf die Region um Wuhan (ca. 60 Mill. Einwohner) zu begrenzen. In den westlichen Ländern kann von Begrenzung keine Rede sein.

In den USA, dem Staat mit dem teuersten „Gesundheitssystem“ weltweit, wütet die Seuche am heftigsten. In Deutschland scheint sich die Lage zu stabilisieren, aber es gibt immer noch viele neue Infektionen. Leider erfährt man nicht, zu welchem Personenkreis die Angesteckten gehören – sind es die, die zu Hause bleiben und kaum noch soziale Kontakte haben, stecken sich die Menschen innerhalb ihrer Wohnungen an oder sind es überwiegend die, die noch zur Arbeit müssen und dort sowie in den öffentlichen Verkehrsmitteln kaum die empfohlenen Abstandsregeln einhalten können.

Was können wir aus dieser Krise lernen? Das nächste Virus kommt bestimmt. Wenn wir dann ein System und eine Regierung hätten, die nicht dem Profit verpflichtet sind, wären wir besser dran.

Gernot Linhart



## Alle Sanktionen aufheben, die den Kampf gegen die Pandemie behindern

Unter diesem Titel hat die DKP eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht. Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften, sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie

ein Irrsinn. Genauso muss die Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China intensiviert werden.

Die Petition findet man unter <https://www.change.org/p/bundestag-alle-sanktionen-aufheben-die-den-kampf-gegen-die-pandemie-behindern>